

SVP-Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Landesverteidigung 4

Bundesrat Maurer äussert sich zur aktuellen Lage der Armee



Finanzpolitik 9

Die Durchregulierung des Finanzplatzes schreitet voran



Herbstsession 12

Agrarpolitik 2014-2017 stand im Zentrum der Herbstsession 2012



Für Ihre Drucksachen



Zofinger Tagblatt AG
Medien- und Printunternehmen
Zofinger Tagblatt AG, 4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93, www.ztonline.ch

EU: Die Taktik hat geändert



Der Bundesrat treibt ein aussenpolitisches Versteckspiel. Mit einem (Strom-)Rahmenabkommen will er unsere Souveränität aushebeln. Sein Ziel: Die Schweiz soll bestehendes und künftiges EU-Recht übernehmen.

Der Bundesrat hat der EU angeboten, den Abschluss eines Stromabkommens mit der Lösung von institutionellen Fragen zu verknüpfen. Konkret bedeutet dies die weitgehende Unterordnung der schweizerischen Rechtsordnung unter jene der EU, die zwingende Übernahme von EU-Recht, eine Unterwerfung unter die Rechtspre-

chung der EU, die Schaffung einer neuen Überwachungsbehörde sowie zusätzliche Sanktionsmechanismen. Das Vorgehen des Bundesrates ist wenig transparent. Ebenso unklar ist, wie weit die Landesregierung gehen wird, wenn die EU ihrerseits neue Forderungen stellt. Lanciert sie dann erneut die Idee eines EWR-Beitritts? Wachsamkeit ist angezeigt.



Die SVP arbeitet an einer neuen Asylinitiative

In der zurückliegenden Herbstsession konnten die eidgenössischen Räte nach langen Beratungen die erste Vorlage der Asylgesetzrevision abschliessen. Die SVP hat über 45 Anträge zu einer Verschärfung des Asylgesetzes in die parlamentarische Debatte eingebracht. Mit rund der Hälfte dieser Anträge ist sie in den Räten auch durchgedrungen und hat damit die Debatte massgeblich geprägt. So begründen beispielsweise Wehrdienstverweigerung oder Nachfluchtgründe (z.B. politische Tätigkeit in der Schweiz) in Zukunft keine Flüchtlingseigenschaft mehr. Das System der Not- und Sozialhilfe für Asylbewerber wird etwas restriktiver ausgestaltet und die Mitwirkungspflichten der Gesuchsteller werden verschärft.

Der erste Teil dieser Massnahmen wird nun dringlich in Kraft gesetzt. Diese Verbesserungen dürfen indes nicht darüber hinwegtäuschen, dass wichtige Anträge der SVP, z.B. zur Beschleunigung der Verfahren oder zur Einführung von geschlossenen Zentren für kriminelle und renitente Asylbewerber, von einer Mitte-Links-Mehrheit im Parlament abgelehnt wurden. Die bestehenden, unbefriedigenden Zustände werden damit noch länger anhalten. Einerseits sollen grundlegende Veränderungen am Asylverfahren erst in einer zweiten Revisionsetappe an die Hand genommen werden, was wiederum viel Zeit kosten wird, andererseits ist das zuständige Bundesamt im Vollzug total überfordert und in einem unhaltbaren Zustand. Zur Lösung dieses Problems fehlt es ganz offensichtlich auch am politischen Willen der zuständigen SP-Departementvorsteherin Sommaruga. Insgesamt bleibt die Schweiz für Wirtschaftsmigranten sowie Personen, welche kein Anrecht auf Asyl haben und unser Gastrecht sogar gezielt missbrauchen, noch immer viel zu attraktiv.

Die SVP gibt sich mit dem in der aktuellen Revision Erreichten nicht zufrieden. Deshalb werden die Arbeiten für ein neues Initiativprojekt aufgenommen. Die ungelösten Probleme des Asylwesens, die zu langen und ineffizienten Verfahren, der nicht funktionierende Vollzug und die Asylkriminalität sollen endlich nachhaltig gelöst werden. Die Verfahren für Asylantragssteller sind massiv zu verkürzen, auf noch 30 Tage. Es soll nur noch eine Rekursmöglichkeit bei einer Beschwerdeinstanz im Justiz- und Polizeidepartement geben, welche Rekurse innert 10 Tagen erledigt. Asylbewerber, die gegen die Regeln des Asylverfahrens verstossen oder straffällig werden, sollen gänzlich aus dem Verfahren ausgeschlossen werden. Für die Zeit der massiv verkürzten Verfahren sollen die Asylbewerber nicht mehr auf die Kantone und Gemeinden verteilt, sondern in einem zentralen Asylbetreuungszentrum untergebracht werden. Vorstellbar wären auch drei Betreuungszentren, aufgeteilt auf die Deutschschweiz, die Westschweiz und das Tessin. In diesen geschlossenen Zentren sollen sämtliche Verfahren durchgeführt werden. Damit die Asylbewerber für Befragungen zur Verfügung stehen und die Verfahren rasch und effizient erfolgen können, sollen die Personen die Zentren während der gesamten Verfahrensdauer nicht verlassen. Damit wird sich auch das Problem der Asylkriminalität massiv reduzieren und die heute viel zu hohe Attraktivität des Asyllandes Schweiz markant abnehmen.

Toni Brunner
Präsident SVP Schweiz

Machen Sie am 24. November mit!

Am 24. November 2012 findet unter der Leitung von Nationalrat Heinz Brand zwischen ca. 09.30 Uhr und 13.00 Uhr in Volketswil eine **SVP-Fachtagung zur Asylpolitik** statt. Anlässlich dieser Tagung soll neben Referaten von internen und externen Experten über die künftigen Eckpunkte der SVP-Asylpolitik diskutiert werden.

Interessiert? Melden Sie sich unter gs@svp.ch oder Tel. 031 300 58 58 an. Sie erhalten anschliessend die Detailinformationen zur Tagung.

Die SVP macht mobil!

Am 15. September organisierten zahlreiche SVP Ortsparteien in der Schweiz Standaktionen und sammelten schweizweit mit viel Einsatz zahlreiche Unterschriften für die Durchsetzungsinitiative. Aus Seuzach (ZH), St. Gallen, Gossau (SG), Schaffhausen (SH), Biberist (SO) haben wir Bilder bekommen. Auch in der Westschweiz war die SVP aktiv. Bilder von Genf und Carouge (GE) und von Lausanne und Villeneuve (VD) zeigen wie aktiv die Westschweizer sind.



Finden Sie alle Bilder auf Facebook

Besuchen Sie die offizielle Facebook-Seite der Durchsetzungsinitiative und finden Sie alle Bilder aus der ganzen Schweiz

www.facebook.com/Durchsetzungsinitiative

Schicken Sie uns weitere Bilder. Sie werden auf der Facebook-Seite und in den nächsten SVP-Klartext-Ausgaben publiziert. Machen Sie mit! Für die Schweiz.



SH



VD



SO



SG



GE



ZH

Jetzt Unterschriften sammeln

Werden Sie und Ihre Sektion aktiv und gehen Sie anlässlich des zweiten nationalen Sammeltages vom **3. November** auf die Strasse und sammeln Sie Unterschriften für die Durchsetzungsinitiative.

Senden Sie uns Fotos von Sammelaktionen. Diese werden wir nach Möglichkeit in nächsten SVP-Klartext Ausgaben publizieren.

UNTERSCHRIFTSBOGEN BESTELLEN:

www.durchsetzungsinitiative.ch

☎ 031 300 58 58

4 Landesverteidigung

In die Sicherheit investieren

Die Armee hat die wesentlichen Mängel erfolgreich behoben. Ein Problem bleibt: Sicherheit ist nicht gratis. Zur Erfüllung des Auftrages braucht es eine Rückbesinnung auf den Kernauftrag und Geld.



von Bundesrat Ueli Maurer, Chef VBS, Wernetshausen (ZH)

Als ich 2009 das VBS übernommen habe, hatte die Armee innerhalb von nur 15 Jahren drei ebenso tiefgreifende wie überstürzte Reformen und eine massive Verkleinerung erlebt. Entsprechend verlief vieles chaotisch: Bis zu tausend Arbeitsgruppen kümmerten sich ohne Gesamtplanung um verschiedene Projekte. Bereits wurde diskutiert, ob WK abgesagt werden müssten. Die Armee befand sich knapp vor dem Kollaps.

Hauptprobleme gelöst

Wir begannen damit, eine Mängelliste zu erstellen und Sofortmassnahmen einzuleiten. Es zeigte sich, dass insbesondere drei Probleme im Vordergrund standen: Erstens funktionierte die Logistik nicht richtig. Immer wieder wurden WK-Truppen zu spät, mit falschem oder mangelhaftem Material beliefert. Das beeinträchtigte die Ausbildung und sorgte für Schlagzeilen in den Medien. Zweitens waren im Bereich der Informatik die Kosten ausser Kontrolle geraten; zudem fehlte eine Gesamtstrategie. Drittens hatten die fortlaufenden Budgetkürzungen dazu geführt, dass die Armee von der Substanz zehrte: Die Truppen konnten nicht mehr vollständig ausgerüstet und Immobilien nicht unterhalten werden.

Hinsichtlich Logistik und Informatik hat die Armee jetzt wieder Tritt gefasst und ist auf gutem Wege: Wir können die Leistungen für den militärischen

Alltag erbringen und die Truppen entsprechend ihren Bedürfnissen in Einsätzen sowie Ausbildungs- und Wiederholungskursen ausrüsten. In der Informatik realisieren wir Einsparungen und können feststellen: Die Prozesse werden wieder gesteuert.

Auch Fehler in der Ausbildung haben wir korrigiert: Wer Kader wird, muss den Grad wieder abverdienen.

Fehlende Ressourcen

Die Armee hat aber immer weniger Geld zur Verfügung: Die jährlichen Ausgaben für die Landesverteidigung haben in den letzten gut 20 Jahren seit 1990 von über 6 Milliarden Franken auf den heutigen Stand von ca. 4.4 Mil-

Diesen massiven Kürzungen der Armee steht ein massives Ausgabenwachstum des gesamten Haushaltes gegenüber. 1990 betrug die ordentlichen Bundesaussgaben 31.6 Milliarden Franken, 2011 betrug sie 64.2 Milliarden Franken.

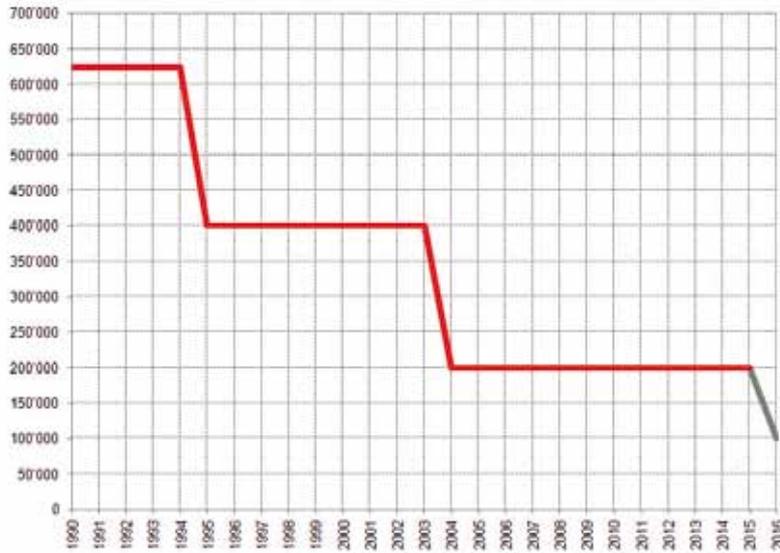
Der Abbau geht weiter: 2009 bis 2011 haben wir 900 Millionen Franken gespart und gegen 500 Stellen abgebaut. Bundesrat und Parlament haben uns einen Auftrag erteilt, der uns zu einer weiteren Reduktion des Mannschaftsbestandes von 200'000 auf 100'000 zwingt. Damit hätte unsere Armee dann im Fussballstadion von Barcelona Platz.



Minenwerfer im Einsatz. Eine gute Ausrüstung und die Möglichkeit für die Soldaten, sich daran auszubilden, sind für die Armee von grosser Bedeutung.

liarden Franken abgenommen. Gemessen an den Bundesaussgaben gingen die Verteidigungsausgaben von gegen 19% auf einen Anteil von noch etwa 7% zurück.

Wir nehmen den Sparauftrag ernst. Wir haben einen Mentalitätswandel zu mehr Kostenbewusstsein vollzogen. Wir planen die Schliessung von Standorten, möglicherweise auch von Flug-



Die Grafik zeigt den starken Abbau des Armeebestandes von über 600'000 im Jahr 1990 auf 100'000 im Jahr 2016.

plätzen. Ambitiöse Projekte im Bereich der elektronisch vernetzten Kriegsführung müssen überprüft werden.

Bedrohung

Wenn wir die sicherheitspolitischen Entwicklungen der letzten Jahre anschauen, dann müssen wir feststellen: Die Welt wird unstabiler, unberechenbarer und damit auch unsicherer. Neue aufstrebende Mächte vertreten ihre Interessen offensiv und ringen miteinander um Einfluss. Das lässt sich weltweit beobachten, vom Krieg in Syrien bis zu den Spannungen um Inseln in Ostasien.

Moderne Krisen haben selten eine lange Vorwarnzeit. So wurden beispielsweise auch Nahostexperten von den Revolutionen in den arabischen Ländern überrascht. Wie der arabische Raum nur schon in einem halben Jahr aussieht, ist absolut offen.

Für zusätzliche Unberechenbarkeit sorgen neue Konfliktformen: Der Überraschungseffekt ist typisch für den Terrorismus. Aber auch für Cyber-Angriffe ist charakteristisch, dass ein unbekann-

ter Angreifer zu einem unbekanntem Zeitpunkt an einem unbekanntem Objekt zuschlägt.

Das Konfliktpotential steigt auch in Europa: Die Schuldenkrise kann rasch zu sozialer Unrast führen, wie wir das in den südlichen EU-Staaten

bereits gesehen haben. Damit nimmt die Gefahr von Demonstrationen, Blockaden, Krawallen, Streiks usw. zu. Eine international hoch vernetzte Wirtschaft und Gesellschaft, wie wir sie haben, ist besonders störungsanfällig.

Nicht zu übersehen sind zudem die Spannungen, die durch Migration, fremde Kulturen und Religionen in allen westlichen Gesellschaften entstehen. Es wächst die Gefahr, dass sich rechtsfreie Räume mit einem gefährlichen Gewaltpotential bilden.

Armee braucht ein Gleichgewicht

Auf all diese Entwicklungen und Bedrohungen müssen wir Antworten finden. Für die Armee heisst das, sie muss als Sicherheitsreserve sofort zur Verfügung stehen. Und sie muss so ausgerüstet und ausgebildet sein, dass sie vielfältige Aufgaben erfüllen kann, von der Unterstützung ziviler Behörden in Notsituationen bis zum Kampfeinsatz.

Die Armee muss also auf verschiedene Konfliktformen und Eskalationsstufen vorbereitet sein. Deshalb muss sie über ganz verschiedene Fähigkeiten und somit auch über verschiedene Waffen und Ausrüstungen verfügen.

Unter anderem gehört zu ihren Aufgaben die Wahrung der Lufthoheit. Dazu brauchen wir neue Kampfflugzeuge. Alle Beschaffungen müssen aber immer im Zusammenhang mit den Gesamtbedürfnissen der Armee gesehen werden. Die knappen Mittel müssen auf die verschiedenen Truppen so verteilt werden, dass für alle ein Gleichgewicht zwischen Aufgaben und Ausrüstung besteht. Die Schweiz braucht nicht das teuerste oder schnellste Flugzeug, sondern eines, das ihren Bedürfnissen entspricht. Der Gripen des blockfreien Schweden erfüllt unsere Anforderungen und ist vergleichsweise günstig.

Fazit

Sicherheit ermöglicht Wohlstand. Die Investitionen in die Sicherheit unseres Landes sind darum so etwas wie eine Versicherungsprämie für unsere Lebensqualität. Das muss uns etwas wert sein. Konkret heisst das:

- Kein weiterer Abbau der Armee
- Armee vollständig ausrüsten
- Armee aus dem Stand aufbieten und einsetzen können
- Beispielhafte Kaderauswahl
- Miliz stärken – Bevölkerung muss hinter der Armee stehen
- Festhalten an der allgemeinen Wehrpflicht
- Genügend Mittel zur Erfüllung des Auftrages

6 EU-Stromabkommen

Die Taktik hat geändert

Der Bundesrat treibt ein aussenpolitisches Versteckspiel. Mit einem (Strom-)Rahmenabkommen will er unsere Souveränität aushebeln. Sein Ziel: Die Schweiz soll bestehendes und künftiges EU-Recht übernehmen.



von Nationalrat Peter Keller,
Hergiswil (NW)

Immer im Januar lädt die SVP Zürich ein zu ihrem Grossanlass. Im Zentrum stehen jeweils politische Ansprachen. Traditionell gehalten von Christoph Blocher und einem Gastredner. Das wäre sozusagen das Hauptprogramm der Albisgüetli-Tagung. Wir hätten es aber nicht mit einem SVP-Anlass zu tun, würde nicht auch das Gemüt auf seine Kosten kommen: mit Musik, Nachtessen, einer Tombola. Das ganze Arrangement rundherum könnte man passend zum Hauptprogramm das Rahmenprogramm nennen.

Was hat das Albisgüetli mit der aktuellen Schweizer Aussenpolitik zu tun? Der Bundesrat will ein neues bilaterales Abkommen mit der EU aushandeln: ein Stromabkommen mit dem Ziel, einen gemeinsamen europäischen Strommarkt zu bilden. Das wäre sozusagen das Hauptprogramm. Nur verfolgt der Bundesrat bei diesen Verhandlungen in Wahrheit ein ganz anderes Ziel: er will nämlich gleichzeitig ein „Rahmenabkommen“ mit der EU abschliessen. Leider ist dieses Rahmenabkommen weniger sympathisch als das Tombola-Bratwurst-Rahmenprogramm am Albisgüetli – und vor allem weniger harmlos. Was also will der Bundesrat, ohne es uns direkt sagen zu wollen?

Absichten verschleiern

Es war bloss eine kurze Medienmitteilung, die der Bundesrat am 25. April dieses Jahres veröffentlichte. Der Titel der Mitteilung: „Bundesrat verabschie-

det Grundsätze für institutionelle Lösungen mit der EU“.

Welche Grundsätze der Bundesrat da genau verabschiedet hat, hat er bis heute nie veröffentlicht. Nur diese Zusammenfassung in Form einer Medienmitteilung. Dort ist zu lesen: „Die Grundsätze beziehen sich unter anderem auf die Einheitlichkeit (Homogenität) der Anwendung und Auslegung von Bestimmungen, die in bilateralen Abkommen festgelegt wurden, ausserdem auf die Rechtsentwicklung, die Überwachung der Anwendung bilateraler Abkommen sowie die Streitbeilegung.“

Das tönt alles sehr technisch und scheinbar uninteressant. Und das ist durchaus mit Absicht so formuliert. Denn diese Grundsätze sind eigentlich eine Zeitbombe: Der Bundesrat hat vor, die Souveränität der Schweiz preiszugeben. Schleichend. Durch die Hintertüre. Was der Bundesrat als „institutionelle Lösungen“ verkauft, heisst nichts anderes, als dass wir faktisch EU-Recht übernehmen sollen. Bestehendes EU-Recht und künftiges EU-Recht. Damit wird der Souverän, wir Schweizer Bürgerinnen und Bürger, entmündigt.

„Vorbehaltlose EU-Mitgliedschaft“

Ziemlich genau vor zwanzig Jahren stand die grosse EWR-Abstimmung vor der Türe. Der Bundesrat sah damals das einzige Heil der Schweiz in einem Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum. Einen wesentlichen Unterschied zwischen der EWR-Debatte und der Europapolitik des Bundesrates von heute gibt es: 1992 sprach die Re-

gierung offen über ihr eigentliches Ziel, nämlich den Beitritt zur EU.

So ist in der Botschaft zur Genehmigung des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum vom 18. Mai 1992 nachzulesen: „Wir betrachten unsere EWR-Mitgliedschaft nicht als letztes Ziel unserer Integrationspolitik, sondern als eine wichtige Zwischenstation jener Politik, welche die Schweiz

“Was der Bundesrat als „institutionelle Lösungen“ verkauft, heisst nichts anderes, als dass wir faktisch EU-Recht übernehmen sollen. Bestehendes EU-Recht und künftiges EU-Recht.“

zu einer vorbehaltlosen Mitgliedschaft in der EG/EU führen soll.“

Weiter benennt der Bundesrat in seiner Botschaft auch klar und deutlich die Stellung des Schweizer Rechts gegenüber der europäischen Rechtsprechung: „Das EWR-Abkommen bringt eine weitgehende Übernahme des EG-Rechts durch die EFTA-Staaten. Unsere wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen müssen daher mit dem Recht des Vertrages in Einklang gebracht werden und infolge der Homogenitätserfordernisse des EWR fortan soweit als immer möglich europakompatibel sein.“

Kommen Ihnen diese Formulierungen und Absichten bekannt vor? Es sind genau die Grundsätze, nur etwas weniger verschlüsselt, die der Bundesrat im April verabschiedet hat: „Die Grundsätze beziehen sich unter anderem auf die Einheitlichkeit (Homogenität) der Anwendung und Auslegung von Bestim-

mungen, die in bilateralen Abkommen festgelegt wurden, ausserdem auf die Rechtsentwicklung, die Überwachung der Anwendung bilateralen Abkommen sowie die Streitbeilegung.“

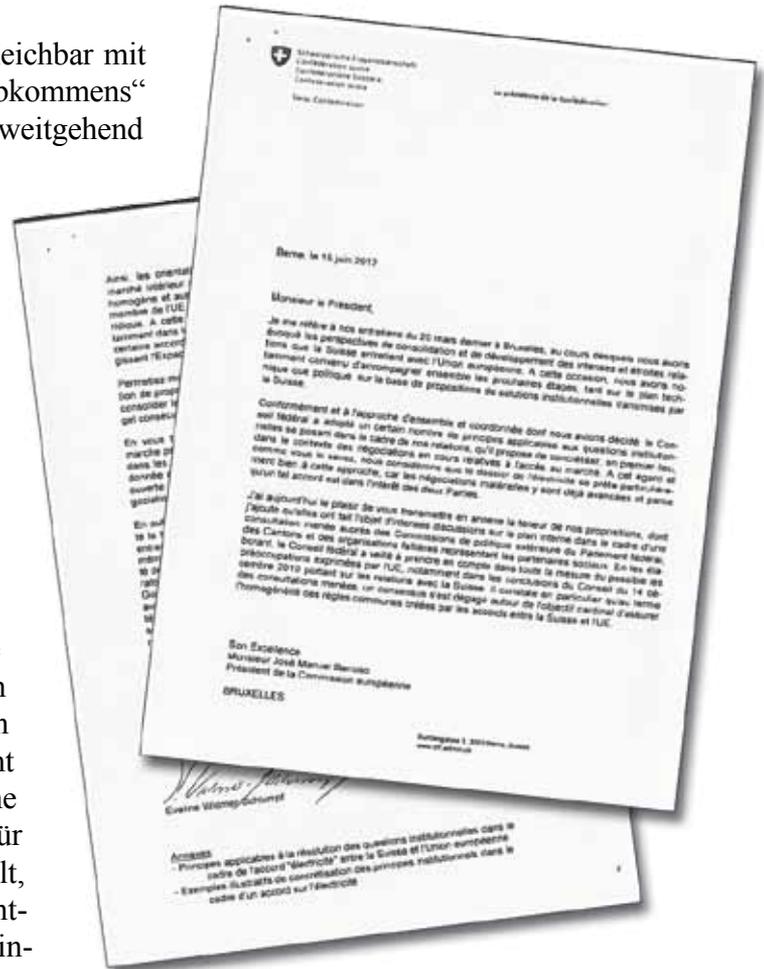
Widmer-Schlumpfs Brief an die EU-Kommission

Der Bundesrat 2012 will nichts anderes als das, was der Schweizer Souverän 1992 abgelehnt hat: den EWR, die Übernahme von EU-Recht, inklusive Überwachungsbehörde.

Das weiss auch der Bundesrat. Nur gibt er es offiziell nicht zu. Nur hinter den Kulissen. Das zeigt ein Brief der Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf, den die Weltwoche publik gemacht hat. Das Schreiben ging am 15. Juni an EU-Kommissionspräsidenten Manuel Barroso. Nicht weniger als zehn Mal verweist Widmer-Schlumpf darin auf den EWR. Alle vorgeschlagenen Lösungen, schreibt der Bundesrat an die EU-Kommission, entsprechen „dem System im Rahmen des EWR“,

sind durchgehend „vergleichbar mit demjenigen des EWR-Abkommens“ oder „inspirieren sich weitgehend an den Vorschriften zur Regulierung des EWR“ und orientieren sich am „Homogenitätsgebot, das jenem des EWR-Abkommens gleicht“.

Zum Abschluss sei nochmals erinnert, wofür der EWR steht und als was ihn der Bundesrat damals sah – und was er heute noch ist: „Die Verbindung zwischen den beiden Vorhaben (EWR und EG) besteht darin, dass der EWR eine optimale Vorbereitung für einen Beitritt darstellt, da er bereits den wesentlichsten Teil des Gemeinschaftsrechts („acquis communautaire“) umfasst,



Der Brief von Bundesrätin Eveline Widmer Schlumpf an die EU-Kommission beweist, der Bundesrat will EU-Recht dynamisch übernehmen.

das die Schweiz im Falle eines Beitritts übernehmen würde. [...] Wir betrachten unsere EWR-Mitgliedschaft nicht als letztes Ziel unserer Integrationspolitik, sondern als eine wichtige Zwischenstation jener Politik, welche die Schweiz zu einer vorbehaltlosen Mitgliedschaft in der EG/EU führen soll.“ (Botschaft des Bundesrates, 1992)

Die Ziele sind die gleichen geblieben. Nur die Taktik hat geändert. Es wird unsere Aufgabe sein, das Strom-Rahmenabkommen stellvertretend zu bekämpfen. Denn es geht um einen weiteren schleichenden Abbau unserer Souveränität.



Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf und EU-Kommissionspräsident Manuel Barroso bei einem gemeinsamen Auftritt.

Garantiert ganze + die tiefsten Preise

+ 1% Provision für Ihre SVP-Sektion
oder für die Masseneinwanderungs-Initiative

**Drucker
Kopierer
Multifunktion**



**A4 + A3
s/w + farbig
Laser, LED + Inkjet
Business + privat
Toner + Patronen**

Liste der aktuellen Geräte verlangen.

**Fachkundige Beratung gewährleistet mit
Checkliste und Kalkulation Folgekosten**

**Installation ganze Schweiz möglich. Bis
3 Jahre gratis Service vor Ort bei Defekten**

Wir setzen mit dieser Aktion ein Zeichen der Solidarität
für alle, die sich **aktiv zur SVP bekennen**.

Wir schalten auch Ihre SVP-Angebote gratis in Internet:



Haus der Freiheit



Herbst / Winter Festzeit im schönen Toggenburg

Feiern Sie mit Ihrer Firma oder Familie in
Toni Brunners Haus der Freiheit!

Glühweinapéro ☼ Fleisch vom heissen Stein ☼ Re-
gionale Spezialitäten ☼
Übernachtungsmöglichkeiten bis 30 Personen ☼
Pauschalangebote

Ich freue mich auf Ihre Anfrage und offeriere gerne
Ihr Wunschangebot

Lukas Hoffmann, Hüttenwart Haus der Freiheit

Telefon: 071 993 10 01 ☼ info@hausderfreiheit.ch

☼ www.hausderfreiheit.ch

Wintersberg, 9642 Ebnat-Kappel/SG

Dienstag – Sonntag geöffnet ☼ Montag Pause
1 Stunde ab Zürich ☼ Genügend Gratisparkplätze
☼ Carzufahrt ☼ Abholdienst ÖV

AKTION MEDIENFREIHEIT

Die «Aktion Medienfreiheit» setzt sich für Meinungsvielfalt und unabhängige Medien ein. Der freie Austausch von Meinungen ist Kernstück jeder Demokratie. Zeitungen, TV, Radio und Internet sind für die Meinungsbildung und -verbreitung zentral. **Setzen Sie sich mit uns für eine vielfältige Medienlandschaft ein! Werden Sie Mitglied der Aktion Medienfreiheit.**

EINLADUNG ZUM HERBSTANLASS Besuch bei Google Schweiz

Donnerstag, 8. November 2012, 18.00 – 20.00 Uhr

Zum Herbstanlass der Aktion Medienfreiheit sind auch Neumitglieder, Interessenten und Gäste herzlich eingeladen! Bitte melden Sie sich mit untenstehendem Talon an.
Treffpunkt 18 Uhr: Empfang Google Schweiz, Brandschenkestrasse 110, 8002 Zürich

ANMELDUNG

- Ja, ich melde mich für den Herbstanlass der Aktion Medienfreiheit an:
 Ja, ich werde Einzelmitglied der Aktion Medienfreiheit (Beitrag CHF 50.–/Jahr)

Vorname, Name: _____

Adresse: _____

PLZ, Ort: _____

Email: _____

Anmeldung bitte per Fax an die Nr. 044 391 32 30 oder per Email an info@medienfreiheit.ch.
Nach eingegangener Anmeldung stellen wir Ihnen umgehend das Programm per Email zu.



Finanzplatz Schweiz vor grosser Zäsur?

Mit undifferenzierten Regulierungen versucht die Politik den Banken die Schuld an der Finanzkrise in die Schuhe zu schieben. Solche Überregulierungen treffen den Finanzplatz Schweiz und schaden der Wettbewerbsfähigkeit.



von Nationalrat Hans Kaufmann, Wettswil (ZH)

Ein funktionierendes Finanzsystem, Kredite und Finanzdienstleistungen, sind eine Voraussetzung für jede florierende Volkswirtschaft. Getreu dem marxistischen Grundsatz: „Zerstört die Banken, dann zerstört ihr den Kapitalismus“ versucht die Linke der Welt jedoch weiszumachen, dass die Banken zerschlagen werden müssten, denn sie seien an der Finanzkrise, auch an der Staatsfinanzkrise schuld.

Der Markt habe versagt und das Ende des Neoliberalen-Zeitalters sei gekommen. Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Die Märkte haben sehr wohl funktioniert, aber die Marktteilnehmer waren nicht bereit, die Folgen für ihr selbstverursachtes Fehlverhalten zu tragen. Die Märkte zwingen nun auch die Politik, ihr Übermarchen zu korrigieren, indem sie für die Neuverschuldung zum Ausbau des Sozialstaates und der Umverteilung höhere Risikoprämien fordern.

Da der Politik diese Disziplinierung nicht passt, versucht sie sich mit einer übertriebenen Regulierung und anderen Massnahmen an den Banken zu rächen. Damit schadet sie un-

serer Volkswirtschaft und eine massive Schrumpfung des Finanzplatzes mit Tausenden von Entlassungen in den nächsten 10 Jahren ist deshalb zu befürchten.

Finma nimmt Auftrag nicht wahr

Artikel 5 des Finanzmarktaufsichtsgesetz verpflichtet die Finma (Finanzmarktaufsicht) zur Stärkung des Ansehens und der Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes. Keines der rund 40 Gesetzesvorhaben im Finanzsektor oder im Steuerbereich wird aber die Wettbewerbsfähigkeit verbessern. In der Praxis hält sich die Finma somit nicht an die Vorgaben.

Im Gegenteil. Sie verursacht Regulierungsfolgekosten in Milliardenhöhe. Inclusive Projekte, die der Schweiz vom Ausland aufgedrängt werden (Abgeltungssteuern, FATCA etc.), belaufen sich diese in den nächsten Jahren auf rund CHF 3 Mrd. Von Transparenz und Mitsprache in der Regulierung kann kaum die Rede sein. Finanzinstitute werden zudem oft gezwungen, millionenschwere Massnahmen zu treffen, bevor ein neues Gesetz in Kraft tritt.

Undifferenzierte Regulierungen treffen vor allem kleinere Institute

Von der undifferenzierten Regulierung sind vor allem kleinere Institute betroffen. Die Regulierungskosten

beinhalten meist hohe Fixkosten, die grosse und kleine Marktteilnehmer gleichermassen treffen. Dazu zählen nicht nur EDV-Projekte und Administrativaufwand, sondern auch höhere Eigenmittel- und Liquiditätshaltungskosten. In Bezug auf die Eigenmittelunterlegung kommt es aufgrund der vorgesehenen Neu-regulierung zur paradoxen Situation, dass die nicht-systemrelevanten Banken stärker betroffen werden als die Grossbanken. Grössere Kantonalbanken müssen für die gleiche Hypothek rund doppelt so viele Eigenmittel bereitstellen wie die Grossbanken.

Wenn Banken ihre Bilanzen kürzen müssen, weil sie die notwendigen Eigenmittel nicht innert nützlicher Frist

“Ein funktionierendes Finanzsystem, Kredite und Finanzdienstleistungen, sind eine Voraussetzung für jede florierende Volkswirtschaft.”

beschaffen können, dann erzielen sie die grössten Eigenmitteleinsparungen, indem sie KMU- und andere Unternehmenskredite aufkündigen. Gemäss den Finma-Eigenmittelunterlegungsregeln werden diese rund viermal riskanter als Bankgegenparteien eingestuft. Staatsanleihen werden hingegen weiterhin als risikolos eingestuft, so ermöglicht sie der Politik günstiges neues Geld für ihre Zwecke zu beschaffen.

MEHR FREIRAUM
FÜRS LEBEN.
DER NEUE KIA CEE'D_SW.

MEHR AUTO FÜRS GELD
www.kia.ch



HvS Forch

cee'd_sw



The Power to Surprise

Der neue cee'd Sportswagon ist ein multifunktionseller Grossraum-Kombi der Extraklasse. Ideal für die Familie, Ferienreisen, Business sowie Sport- und Freizeitaktivitäten. Dazu verblüfft er mit sportlichem Charme und einer Top-Ausstattung par excellence!
cee'd_sw 1.4 L CVT 100 PS ab CHF 19'777.-

Verbrauch gesamt l/100 km (Energieeffizienzklasse, CO₂ g/km) – Durchschnitt aller Neuwagen 159 g/km –
1.4 L CVT man. 6,1 (C, 136), **1.6 L GDI man./DCT*** 5,9/6,3 (C/C, 131/141), **1.6 L CRDI man./aut.** 4,2/5,6 (A/B, 110/149).
7 Jahre Werkgarantie. Preisangaben: empfohlene Nettopreise inkl. MwSt. * DCT = Doppelkupplungsgetriebe.
Abgebildetes Modell: cee'd_sw 1.6 L GDI/CRDI Style (mit Optionen).



PICANTO
ab CHF 14'650.-



NEW RIO
ab CHF 19'777.-



SOUL
ab CHF 22'550.-



VENGA
ab CHF 20'990.-



NEW CEE'D
ab CHF 18'777.-



CARNIVAL
ab CHF 40'950.-



SPORTAGE
ab CHF 33'950.-



SORENTO
ab CHF 41'950.-



KIA Motors AG, 5745 Safenwil, 062 788 88 99

Liberalisierung des Cannabis-konsums

Sowohl der National- wie auch der Ständerat haben sich in der Herbstsession für eine Liberalisierung des Cannabiskonsums ausgesprochen und das revidierte Betäubungsmittelgesetz wurde angenommen. Es wurden weder die Sorgen und Nöte der Eltern von kiffenden Kindern ernst genommen, noch der Wille der Bevölkerung, welche die Cannabislegalisierungs-Initiativen 2008 klar abgelehnt hat, im Gesetz berücksichtigt.



von Nationalrätin Andrea Geissbühler,
Herrenschwanden (BE)

Die vielen negativen Folgen des Cannabiskonsums und die dazu existierenden wissenschaftlichen Erkenntnisse werden einfach ausgeklammert. Es ist tragisch, zusehen zu müssen, dass Cannabiskonsumanten in der Schule oder an der Lehrstelle scheitern und dann vom Steuerzahler leben müssen.

Zu den zwei unsinnigen Gesetzesbestimmungen, die leider in beiden Räten durchgekommen sind:

1. Die Gesetzesbestimmung, wonach 10 Gramm des Wirkstofftyps Cannabis als geringfügig gelten sollen, wird große negative Auswirkungen zeigen. Es wird für die Polizei unmöglich sein, vor Ort festzustellen, wie viele Gramm Cannabis eine Person auf sich trägt. Schnell wird sich dieser Gesetzesartikel auch im

Ausland bei den Drogenhändlerherumsprechern herumsprechen, und sie werden mit Portionen von 9 Gramm ihr grosses Geschäft machen. Grundsätzlich gibt es keine geringfügige Menge. Jede Menge ist schädlich und fördert den „Ameisenhandel“. Zum anderen bedeutet diese Definition zum Beispiel, dass bei einem THC-Analysewert von 12% mit 10 Gramm Marihuana 50 Joints gedreht werden können. Was das Rauchen von nur einem Joint bewirken kann, zeigten Versuche im Flugsimulator: die Piloten landeten bis 10 Meter neben der Zielgeraden.

2. Mit einem Ordnungsbussensystem für Kiffer wird ein falsches Zeichen gesetzt. Eine Busse von 100 CHF ist für viele Kiffer wenig abschreckend. Die Polizei wird beim Bussensystem auch nicht entlastet. Eine Einvernahme der Kiffer vor Ort mit anschliessender Einleitung einer Strafverfolgung dauert nicht länger als das Ausstellen einer Busse. Können die Kiffer nicht zahlen, gibt's eine grosse Bürokratie und am Ende müsste trotzdem ein ordentliches Verfahren eingeleitet werden. Eine Busse ist für den Kiffer im Moment

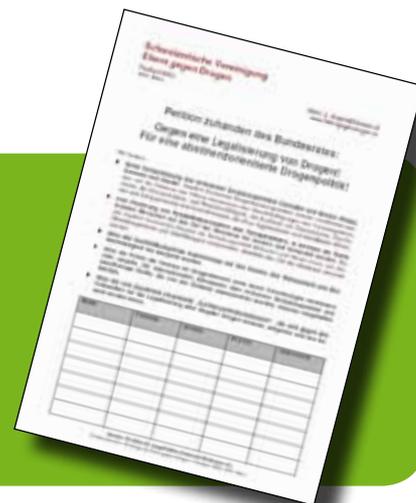
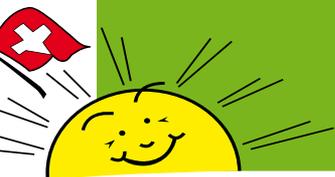
eine Strafe; aber eine Anzeige mit einer Massnahme soll eine Veränderung des Suchtverhaltens bewirken.

Auch bei der Umsetzung des revidierten Betäubungsmittelgesetzes betreffend Abstinenzorientierung ist ein grosses Defizit zu erkennen. Es ist festzustellen, dass weder die Drogenberatungen, noch die Substitutionsbehandlungen (Methadon- und Heroinprogramm, welche uns im 2010 rund 150 Millionen CHF Krankenkassenprämien gekostet haben) das Ziel der Abstinenz anstreben. Dies bedeutet, dass auf Kosten der Bevölkerung immer mehr Drogenabhängige lebenslanglich in der Sucht gehalten werden.

Überall in der Politik wird die Nachhaltigkeit von Massnahmen verlangt, nur in der Drogenpolitik wird sie sträflich vernachlässigt. Ob bei uns in der Schweiz schon zu viele Profiteure der Suchtproblematik ihre Goldgruben verteidigen? Um die Probleme zu lösen, braucht es den Druck aus der Bevölkerung auf die Politik. Die Petition der Schweizerischen Vereinigung Eltern gegen Drogen ist in diesem Sinne sehr zu begrüssen.

Bitte unterzeichnen sie die Petition und setzen sie damit ein Zeichen! Danke.

www.elterngegendrogen.ch



12 Herbstsession



Die Herbstsession 2012 fand vom 10. bis 28. September 2012 statt. Leider ist die Liste jener Geschäfte, bei welchen wir alleine für die Interessen der Schweiz gekämpft haben, einmal mehr länger als jene der Geschäfte, bei welchen wir von den Mitteparteien unterstützt wurden. Dennoch ist es uns bei einigen wichtigen Fragen gelungen, eine Mehrheit zu erhalten und unsere Forderungen durchzusetzen.

Das hat die SVP erreicht:

Kleine Erfolge für die Landwirtschaft

Trotz des insgesamt unbefriedigenden Verlaufs der Debatte zur Agrapolitik 2014-2017 konnte die SVP mit einigen Anträgen gewisse Erfolge für die Bauern erzielen, indem etwa die Stabilität auf dem Milchmarkt durch obligatorische Verträge zwischen Produzenten und Verarbeitern und dem Festschreiben der Verkäsungszulage und Siloverbotsentschädigung im Gesetz gestärkt wird. Auch die Überweisung und Erhöhung des Zahlungsrahmens im Bereich der Strukturverbesserungen ist ein positives Signal für die Landwirtschaft.

Dringlich erklärte Verschärfungen im Asylgesetz

Die von der SVP beantragte Dringlichkeit einiger Änderungen des Asylgesetzes wurde von beiden Räten bestätigt und die erste Vorlage somit verabschiedet. Die Änderungen sind bereits in Kraft gesetzt. Die wichtigsten sind: spezielle Zentren für renitente Asylsuchende, Wehrdienstverweigerung und Nachfluchtgründe gelten nicht mehr als Flüchtlingseigenschaft, keine Asylgesuche mehr auf Schweizer Botschaften. Damit wird endlich umgesetzt, was Bundesrat Christoph Blocher bereits für 2008 geplant hatte, um der Flut von Gesuchen aus Eritrea zu begegnen.

Bevormundung der Bürger mit Präventionsgesetz versenkt

Am vorletzten Tag der Herbstsession wurde der Entwurf für ein neues Präventionsgesetz vom Ständerat endgültig versenkt. Damit bleibt uns eine Verstärkung der staatlichen Bevormundung und Nacherziehung in Sachen Gesundheit und Lebensstil erspart. Die Erfahrung zeigt ausserdem, dass solche unnützen und freiheitsfeindlichen Gesetze meistens zu einem Ausbau der staatlichen Aktivitäten und des entsprechenden Behördenapparates führen, die wir Steuerzahler teuer bezahlen müssen. Die SVP hatte als einzige Partei von Anfang an gegen diese Vorlage gekämpft.





Das haben wir den Mitteparteien zu verdanken:

Umerziehungsbeiträge zur Ökologisierung der Landwirtschaft

Um in Zukunft gleich viele Direktzahlungen zu erhalten, müssen die Bauern mehr Leistungen für die Ökologie erbringen, dies obwohl bereits 12% der gesamten Landwirtschaftsfläche als ökologischer Ausgleich bewirtschaftet werden. Dies bedeutet für viele Bauern, dass sie nur dann gleichviel Geld erhalten, wenn sie mehr Ökoleistungen erbringen, was die einheimische Produktion von Nahrungsmitteln schwächt. Die Streichung der Tierbeiträge, welche gegen den Willen der SVP beschlossen wurde, wird viele kleine und mittelgrosse Bauernbetriebe in ihrer Existenz bedrohen.

Ablehnung der SVP-Volksinitiative „Volkswahl des Bundesrates“

Der Ständerat empfiehlt die eidgenössische Volksinitiative der SVP „Volkswahl des Bundesrates“ mit 35 zu 6 Stimmen ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung, obwohl damit die direkte Demokratie klar gestärkt und unwürdige Spielchen im Parlament unterbunden würden. Die Gewaltenteilung - die Bundesversammlung erlässt die Gesetze, der Bundesrat muss sie ausführen - würde mit einer Volkswahl deutlich verbessert. Der Bundesrat wäre stärker dem Volk verpflichtet und die bewährte Volkswahl, wie wir sie für alle Kantonsregierungen kennen, würde auch auf Bundesebene die Volksrechte vervollständigen.

Einführung der Solidarhaftung auf Schweizer Baustellen

Anstatt die mit der Personenfreizügigkeit zusammenhängenden Probleme an der Wurzel zu packen, führt das Parlament fast jede Session neue wirtschaftsfeindliche, regulierende Massnahmen und Kontrollen ein. So hat sich der Ständerat zur Bekämpfung des „Lohndumpings“ auf dem Bau mit 22 zu 18 Stimmen für eine Solidarhaftung für die ganze Auftragsnehmerkette ausgesprochen. Ein Erstunternehmen soll haften, wenn ein Subunternehmen die Mindestlöhne und Arbeitsbedingungen nicht einhält - und zwar für die gesamte ihm nachfolgende Kette an Auftragnehmern.



SVP-Hit

Fr. 60.- pro Pers.

Gültig vom 7. Dezember 2012 bis 13. April 2013
Weihnacht- und Silvesterwoche ausgenommen

Wintersaison 2012/13 Wellness + Skiferien

Übernachtungen mit Frühstücksbüffet
im Doppelzimmer Standard
Benützung Wellness, Hallenbad
Sanua und Aromadampfbad
1 Gutscheine pro Zimmer / egal wieviele Nächte
ausschneiden - buchen - anreisen - genießen



Fam. Holzer, 3984 Fieschertal
Tel. 027 970 16 60
info@hotelalperblick.ch
www.hotelalperblick.ch

GOAL GLOSSAR

Provokation

Provokation

<lat.> provocare (pro = hervor; vocare = rufen)
Herausforderung; Aufreizung; Brückierung

Kampagnen, die bei der Zielgruppe keine Reaktion «hervorrufen», sind rausgeschmissenes Geld. Wir möchten die uns anvertrauten Werbebudgets möglichst erfolgreich einsetzen. Deshalb gestalten wir Kampagnen, die provokativ sind!

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
8600 Dübendorf/ZH, Tel 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

Impressum

Auflage: 60 000 Exemplare
Herausgeberin: Stiftung SVP-Parteizeitung
Erscheinungsweise: 11x/Jahr
Verantwortlich: Kevin Grangier
Adresse: SVP-Klartext, Postfach 8252 - 3001 Bern - klartext@svp.ch
Druck: Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20 - 4800 Zofingen
Abonnement: Fr. 35.- jährlich für Nicht-Parteimitglieder
Gratis für Parteimitglieder - klartext@svp.ch
Inserate: Kevin Grangier - klartext@svp.ch
Fotos: Seite 1, obenrechts: © VBS ZEM. Mitterrechts: © SVP Schweiz.
Untenlinks: © SVP Schweiz. Zentrum: Parlamentsdienste 3003 Bern.
Seite 3, alle Bilder: © SVP Schweiz.
Seite 4, alle Bilder: © VBS ZEM.
Seite 6: Parlamentsdienste 3003 Bern
Seite 7, untenlinks: www.rts.ch, Obenrechts: www.letemps.ch
Seite 9: Parlamentsdienste 3003 Bern
Seite 11: Parlamentsdienste 3003 Bern
Seiten 12/13: Parlamentsdienste 3003 Bern
Seite 10: © SVP Schweiz
Seite 15: www.politik.ch

Bauherrschaften

Beratung Coaching
Begleitung Gutachten
rtsbaumangement@bluewin.ch
Tel. + Fax 062 212 04 05

Die Produkte

Infrarot Heizsysteme
Infrarot Badtuchwärmer
PV-Anlagen/Solarstrom



HEGUSEBA

Umweltbewusste Systeme
für gesundes Wohnen

RANDOM
Mauerentfeuchtung

MAXIMUS®
Der Energieoptimierer

HEGUSEBA, CH-9442 Berneck, info@heguseba.ch, Tel. 071 744 57 28

STADLER

Clevere Lösungen auf der Schiene

Damit Bahnfahren Spass macht.



Stadler Rail Group

Ernst-Stadler-Strassel | CH-9565 Bussnang, Schweiz | Telefon +41 (0)71 626 21 20 | stadler.rail@stadlerail.com | www.stadlerail.com

10 Jahre UNO-Mitgliedschaft: Ausser Spesen nichts gewesen

Dienstag, 11. September 2012, kurz nach 12.00 Uhr. „Grosser Auftritt“ von UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon vor der Vereinigten Bundesversammlung in Bern. Der oberste UNO-Funktionär aus Südkorea rühmt die Schweiz über den grünen Klee. Logisch, er möchte noch mehr Geld und noch mehr internationalen Aktivismus der Schweiz. Und er streichelt unsere Seele mit der höchsten verbalen Auszeichnung, die er zu vergeben hat: Die Schweizer seien mit der UNO-Mitgliedschaft echte „global citizens“ (Weltbürger) geworden, und damit sei – wie Ständeratspräsident Hans Altherr anschliessend verlauten lässt – unser „Aussenseitertum“ endlich beendet.



von Nationalrat Hans Fehr,
Eglisau (ZH)

Welche tatsächliche Bilanz lässt sich nach 10 Jahren Mitgliedschaft der Schweiz in der politischen UNO ziehen? Mein Fazit lautet: Ausser Spesen nichts gewesen. Das will heissen: Die Kosten sind massiv gestiegen – bei einem Pflichtbeitrag von rund 130 Millionen Franken auf insgesamt mehr als eine halbe Milliarde Franken pro Jahr. Gleichzeitig wurden die besonderen Stärken, die uns als glaubwürdig neutrales Land auf dem internationalen Parkett auszeichnen – nämlich die humanitären Einsätze und die Friedensdiplomatie – durch die UNO-Mitgliedschaft nicht gestärkt, sondern geschwächt. Warum?

Seit dem Jahr 2002 hat sich die offizielle Schweiz vor allem unter der Ägide von Aussenministerin Calmy-Rey in einen neutralitätswidrigen aussenpolitischen Aktivismus gestürzt. „Dabei sein ist wichtiger als gewinnen“ ist definitiv zum (verfehlten) Leitprinzip der schweizerischen Aussen- und Sicherheitspolitik geworden. Man hat sich in fremde Angelegenheiten eingemischt, hat Partei genommen und die Neut-

ralität missachtet – und damit unsere besondere Stärke für humanitäre Aktionen und für Friedensdiplomatie aufs Spiel gesetzt.

So hat beispielsweise die völlig über-eilte Anerkennung der Unabhängigkeit Kosovos durch Bundesbern weitherum Kopfschütteln ausgelöst. Die von der Schweiz massgeblich unterstützte sogenannte „Genfer Nahost-Initiative“ ist versandet und hat sogar zur Verbrennung von Schweizer Fahnen in der Westbank geführt. Der von der Schweiz forcierte und von der „Organisation der Islamischen Konferenz“ dominierte UNO-Menschenrechtsrat hat sich bisher vor allem durch einseitige Verur-

siv zugenommen. Die Negativbeispiele lassen sich massenhaft fortsetzen.

Dass nun der Bundesrat die Schweiz unbedingt auch noch in den Sicherheitsrat treiben will und eine entsprechende Kandidatur eingereicht hat, hätte die definitive Preisgabe unserer Neutralität zur Folge, was mit allen Mitteln verhindert werden muss. Denn im Sicherheitsrat, in dem ohnehin die Machtinteressen der ständigen Mitglieder Russland, China, England, Frankreich und USA dominieren, wird über wirtschaftliche und militärische Sanktionen und Massnahmen – also über Krieg und Frieden – entschieden. Der Bundesrat will zudem nach Konsultation der Aussenpolitischen Kommissionen beider Räte selbst entscheiden, denn der Beitritt zum Sicherheitsrat sei als „Teil der Zustimmung“ von Volk und Ständen zum UNO-Beitritt 2002 zu betrachten.

Das Gebot der Stunde nach 10 Jahren UNO-Mitgliedschaft heisst meines Erachtens „Schadensbegrenzung“.

Statt einfach mitzuschwimmen mit rund 200 andern Ländern und unsere Sonderstellung preiszugeben, sollten wir uns auf unsere „Spezialitäten“ im humanitären und friedensdiplomatischen Bereich konzentrieren. Wir nützen so der Welt und uns selbst mehr. Denn wenn der Kleine im Strom mitschwimmt und alles gleich macht wie die Grossen, ist er nur noch klein.

“*Die Kosten sind massiv gestiegen – bei einem Pflichtbeitrag von rund 130 Millionen Franken auf insgesamt mehr als eine halbe Milliarde Franken pro Jahr.*”

teilungen Israels hervorgetan. Zudem wurde absurderweise ausgerechnet das UNO-Mitglied Schweiz von UNO-Sonderbeauftragten wegen des verschärften Asylgesetzes und wegen der auszuschaffenden „schwarzen Schafe“ als „menschenrechtswidrig und rassistisch“ angeprangert. Auch der Drang der offiziellen Schweiz, Schweizer Soldaten in Auslandseinsätze zu schicken, hat mit der UNO-Mitgliedschaft mas-

So kann es nicht weitergehen!

Es gibt eine Antwort:

PIKOM

– das einzige
Parteiunabhängige
Informationskomitee



Bild: zvg

Wir wollen eine massvolle, den Interessen des Landes dienende Zuwanderungs- und Ausländerpolitik! Helfen Sie uns dabei und werden Sie Mitglied, Gönner oder Sympathisant!

Anmeldeformular für das Parteiunabhängige Informationskomitee

PIKOM

Das PIKOM hat sich zum Ziel gesetzt, die Öffentlichkeit über die wahren Fakten und Entwicklungen im Bereich der Ausländerpolitik zu informieren. Der Jahresbeitrag ist auf Fr. 65.– festgelegt. Gönner und Sympathisanten sind in der Höhe der Zuwendungen frei. Die Namen der Mitglieder werden nicht publiziert.

Senden Sie mir vorerst weitere Infos

Ich will Mitglied werden

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ: _____

Ort: _____

Telefon: _____

Fax: _____

E-Mail-Adresse: _____

Politische Mandate, Parteizugehörigkeit oder Bemerkungen: _____

Bitte einsenden an: PIKOM, Postfach 3540, 5001 Aarau
Mail pikom@pikom.ch – Fax 031 981 39 82

www.pikom.ch